

**Gesetz
zur Änderung der Finanzhilfeeinstrumente
nach Artikel 19 des Vertrags vom 2. Februar 2012
zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus**

Vom 29. November 2014

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der deutsche Gouverneur im Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus wird ermächtigt, dem nachstehend veröffentlichten Beschlussvorschlag zur Änderung der Finanzhilfeeinstrumente nach Artikel 19 des in Brüssel am 2. Februar 2012 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (BGBl. 2012 II S. 981, 983) zuzustimmen.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Beschluss des Gouverneursrats zur Änderung der Finanzhilfeeinstrumente nach Artikel 19 des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus wirksam gefasst wird und damit für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 29. November 2014

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Europäischer Stabilitätsmechanismus Gouverneursrat

Sitzung am ... 2014

Beschluss Nr. ...

Einrichtung des Instruments zur direkten Rekapitalisierung von Instituten

European Stability Mechanism Board of Governors

Meeting of ... 2014

Resolution No. ...

Establishment of the instrument for the direct recapitalisation of institutions

Der Gouverneursrat –

gestützt auf die Gipfelerklärung der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets vom 29. Juni 2012, wonach, „sobald unter Einbeziehung der EZB ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus [...] eingerichtet worden ist, [...] der ESM nach einem ordentlichen Beschluss die Möglichkeit [hätte], Banken direkt zu rekapitalisieren“;

eingedenk der Einrichtung dieses einheitlichen Aufsichtsmechanismus durch Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates;

eingedenk des Zwecks des ESM gemäß Artikel 3 des Vertrags, Finanzmittel zu mobilisieren und ESM-Mitgliedern, die schwerwiegende Finanzierungsprobleme haben oder denen solche Probleme drohen, unter strikten, dem gewählten Finanzhilfinstrument angemessenen Auflagen eine Stabilitätshilfe bereitzustellen, wenn dies zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt und seiner Mitgliedstaaten unabdingbar ist;

eingedenk der Haftungsbegrenzung eines jeden ESM-Mitglieds gemäß Artikel 8 Absatz 5 des Vertrags, die unter allen Umständen durch seinen Anteil am genehmigten Stammkapital zum Ausgabekurs festgelegt ist;

gestützt auf die Grundsätze gemäß Artikel 12 des Vertrags;

eingedenk des durch Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates festgelegten Rahmens und mit dem Ziel einer Übereinstimmung mit den darin festgelegten Begriffsbestimmungen –

beschließt gemäß Artikel 19 des Vertrags die Einrichtung des ESM-Instruments zur direkten Rekapitalisierung von Instituten im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 bis 5 der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates („Institute“) als Finanzhilfinstrument sowie die Festlegung des Rahmens basierend auf Artikel 13 des Vertrags, einschließlich insbesondere des Verfahrens für die Gewährung von Finanzhilfe in Form dieses Instruments:

1. Das Verfahren für die Gewährung von Finanzhilfe in Form einer direkten Rekapitalisierung beruht auf Artikel 13 des Vertrags, wobei zusätzliche, dieses Instrument konkret betreffende Verfahrensschritte, -vorschriften und Aufgaben, die dem Geschäftsführenden Direktor, der Europäischen Kommission, der EZB und gegebenenfalls dem IWF zugewiesen werden, im Folgenden sowie in der in Absatz 5 genannten spezifischen Leitlinie näher präzisiert werden.

The Board of Governors,

Having regard to the Euro Area Summit Statement of 29 June 2012, stating that, “when an effective single supervisory mechanism is established, involving the ECB, [...] the ESM could, following a regular decision, have the possibility to recapitalise banks directly”;

Having regard to the establishment of such a single supervisory mechanism through Council Regulation (EU) No 1024/2013,

Having regard to the purpose of the ESM, pursuant to Article 3 of the Treaty, to mobilise funding and provide stability support under strict conditionality, appropriate to the financial assistance instrument chosen, to the benefit of ESM Members which are experiencing, or are threatened by, severe financing problems, if indispensable to safeguard the financial stability of the euro area as a whole and of its Member States,

Having regard to the limitation, pursuant to Article 8(5) of the Treaty, of the liability of each ESM Member which, in any circumstance, is set through its portion of the authorised capital stock at its issue price,

Having regard to the principles as set out in Article 12 of the Treaty,

Having regard to the framework set through Council Regulation (EU) No 1024/2013, and aiming at consistency with the definitions therein,

Resolves, pursuant to Article 19 of the Treaty, to establish the ESM instrument for the direct recapitalisation of institutions in the meaning of Article 2(3) to (5) Council Regulation (EU) No 1024/2013 (“institutions”) as a financial assistance instrument and to define the framework following Article 13 of the Treaty, including, in particular, the procedure for granting financial assistance under this instrument:

1. While the procedure for granting financial assistance in the form of direct recapitalisation follows Article 13 of the Treaty, additional procedural steps and provisions as well as tasks allocated to the Managing Director, the European Commission, the ECB and, wherever appropriate, the IMF, specific to this instrument, are detailed hereinafter and in the specific guideline mentioned in paragraph (5) below.

2. Der Gouverneursrat kann beschließen, nach Maßgabe des Artikels 12 des Vertrags Finanzhilfe in Form einer direkten Rekapitalisierung von Instituten zu gewähren. Die Finanzhilfe unterliegt spezifischen, für dieses Instrument maßgeblichen Auflagen.
3. Der Gouverneursrat darf nicht beschließen, Finanzhilfe mittels des Instruments zur direkten Rekapitalisierung von Instituten zu gewähren oder durchzuführen, wenn das Dringlichkeitsabstimmungsverfahren gemäß Artikel 4 Absatz 4 des Vertrags zur Anwendung kommt, es sei denn, gegenseitiges Einvernehmen kann erzielt werden.
4. Unbeschadet der Artikel 107 und 108 AEUV werden die Finanzierungsbedingungen der Finanzhilfe in Form einer direkten Rekapitalisierung von Instituten in einer Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität ausgeführt, die vom Geschäftsführenden Direktor zu unterzeichnen ist. Die institutsspezifischen Auflagen für jedes Institut und die Einzelheiten der Rekapitalisierungsmaßnahme werden auf Basis eines vom Gouverneursrat zu billigenden Vorschlags des Geschäftsführenden Direktors und in voller Übereinstimmung mit Artikel 13 des Vertrags in einer institutsspezifischen Vereinbarung festgelegt. Die institutsspezifische Vereinbarung und – soweit anwendbar – die erste Tranche der Hilfe werden vom Direktorium gebilligt. Die institutsspezifische Vereinbarung wird vom Geschäftsführenden Direktor unterzeichnet.
5. Das Direktorium beschließt eine ausführliche Leitlinie für die Durchführungsmodalitäten der Finanzhilfe in Form einer direkten Rekapitalisierung von Instituten, einschließlich insbesondere der Anspruchsvoraussetzungen für das ersuchende ESM-Mitglied und das betreffende Institut sowie der Zuweisung spezifischer Aufgaben an den Geschäftsführenden Direktor, die Europäische Kommission, die EZB und gegebenenfalls den IWF („Leitlinie für Finanzhilfe zur direkten Rekapitalisierung von Instituten“).
6. Sofern anwendbar, beschließt das Direktorium in gegenseitigem Einvernehmen auf Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors und nach Erhalt des in der Leitlinie für Finanzhilfe zur direkten Rekapitalisierung von Instituten genannten Berichts die Auszahlung der auf die erste Tranche folgenden Tranchen der Finanzhilfe.
7. Der ESM richtet als wesentlichen Bestandteil des Instruments zur direkten Rekapitalisierung von Instituten durch einen in gegenseitigem Einvernehmen gefassten Beschluss des Gouverneursrats eine nachgeordnete Organisationseinheit zur Unterstützung des ESM bei der Durchführung der Finanzhilfe in Form einer direkten Rekapitalisierung von Instituten ein. Im Hinblick darauf ist die Satzung entsprechend zu ändern.

Auf der Grundlage eines durch den Gouverneursrat zu billigenden allgemeinen Rahmens, der die Bedingungen für die Einrichtung von Untereinheiten für die Durchführung der Finanzhilfe in Form einer direkten Rekapitalisierung von Instituten festlegt, und zur Förderung privater Beteiligungen kann das Direktorium beziehungsweise der Gouverneursrat gemäß den Bestimmungen des Vertrags die Einrichtung dieser Untereinheiten und ihre Satzungen oder Gründungsurkunden billigen.

Der ESM, einschließlich der im ersten Unterabsatz genannten nachgeordneten Organisationseinheit, sowie sämtliche Untereinheiten gewährleisten einen wirksamen Informationsfluss an die ESM-Mitglieder.

8. Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

2. The Board of Governors may decide to grant financial assistance in the form of direct recapitalisation of institutions in accordance with Article 12 of the Treaty. The financial assistance shall be subject to specific conditionality relevant to this instrument.
3. The Board of Governors shall not decide to grant or to implement financial assistance through the instrument for the direct recapitalisation of institutions when the emergency voting procedure pursuant to Article 4(4) of the Treaty applies, unless mutual agreement can be reached.
4. Without prejudice to Articles 107 and 108 TFEU, the financial terms and conditions of financial assistance in the form of direct recapitalisation of institutions shall be specified in a financial assistance facility agreement, to be signed by the Managing Director. The institution specific conditions for each institution and the details of the recapitalisation operation shall be set out in an institution specific agreement, to be based on a proposal by the Managing Director which is approved by the Board of Governors, and in full compliance with the provisions of Article 13 of the Treaty. The institution specific agreement and, where applicable, the first tranche of the assistance shall be approved by the Board of Directors. The institution specific agreement shall be signed by the Managing Director.
5. The Board of Directors shall adopt a detailed guideline on the modalities, including, in particular, the eligibility criteria for the requesting ESM Member and the institution concerned, and the allocation of specific tasks to the Managing Director, the European Commission, the ECB and, wherever appropriate, the IMF, for implementing financial assistance in the form of direct recapitalisation of institutions (“Guideline on Financial Assistance for the Direct Recapitalisation of Institutions”).
6. Where applicable, the Board of Directors shall decide by mutual agreement, on a proposal by the Managing Director and, after having received the report indicated in the Guideline on Financial Assistance for the Direct Recapitalisation of Institutions, on the disbursement of the tranches of the financial assistance subsequent to the first tranche.
7. The ESM shall, through a Board of Governors’ Resolution to be adopted by mutual agreement, establish, as an integral part of the instrument for the direct recapitalisation of institutions, a subsidiary body for assisting the ESM in implementing financial assistance in the form of direct recapitalisation of institutions. In this respect, it shall amend the By-Laws accordingly.

Based on a general framework, to be approved by the Board of Governors, setting out the conditions for the establishment of sub-entities for the purpose of implementing financial assistance in the form of direct recapitalisation of institutions, and in order to facilitate private participation, the Board of Directors or the Board of Governors, as the case will be according to the provisions of the Treaty, might approve the establishment of such sub-entities and their statutes or constituent documents.

The ESM, including the subsidiary body mentioned in the first sub-paragraph above, and any sub-entity shall ensure an effective flow of information to the ESM Members.

8. This Resolution will enter into force on the day of its adoption.